

PRESSEINFORMATION

Berlin, den 22. Mai 2003

Umsteuern im Gesundheitssystem angesichts der demographischen Entwicklung unausweichlich

Fachtagung der Stiftung Marktwirtschaft in Berlin: Eigenverantwortung und Wettbewerb im Gesundheitswesen

Reformen im deutschen Gesundheitswesen sind unausweichlich, wenn es zukunftsfähig bleiben soll – zu diesem Ergebnis kamen übereinstimmend führende Gesundheitsexperten auf einer Tagung der Stiftung Marktwirtschaft in Berlin am 21. Mai 2003. Denn das gegenwärtige System ist nicht nur in seinen Umverteilungswirkungen höchst problematisch, es verhindert auch, daß innovative Konzepte in ausreichendem Maße realisiert werden. Doch ohne fundamentale Effizienzsteigerungen werden die demographische Entwicklung und der medizinisch-technische Fortschritt in den nächsten Jahrzehnten zu Kostensteigerungen und Einnahmenausfällen führen, die Beitragssätze von deutlich über 20% in der gesetzlichen Krankenversicherung notwendig machen. Wenig Übereinstimmung zwischen den Experten bestand allerdings darin, auf welchem Weg der erforderliche Wettbewerb erreicht und institutionell abgesichert werden sollte.

Das Zusammenwirken aus zunehmender Alterung der Bevölkerung und kostentreibendem medizinisch-technischen Fortschritt stellt das Gesundheitssystem vor fast nicht mehr zu bewältigende Herausforderungen. „Das gegenwärtige System ist jedenfalls nicht dazu in der Lage, sie auch nur annähernd zu lösen“, diagnostizierte Dr. habil. Lüder Gerken, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft, einleitend den großen Reformbedarf. Denn der Status quo sei weder „gerecht“ noch ausreichend „effizient“.

Die Hauptursache für die zu beobachtende Reformunfähigkeit liegt für Prof. Dr. Johann Eekhoff in der politischen Dominanz der Verteilungsfragen. Statt zu fragen, wie die Kosten gesenkt werden könnten, beschränke sich die politische Diskussion auf die Frage der kurzfristigen Kostenverteilung. Dabei werde jedoch häufig übersehen, daß ein umlagefinanziertes System wie in der gesetzlichen Krankenversicherung vor allem zukünftige Generationen belastet, ohne daß diese Belastung offen ausgewiesen werde. Eekhoff plädierte daher für den Übergang zu einem kapitalgedeckten System mit risikoäquivalenten Prämien und übertragbaren Altersrückstellungen, wie es der wissenschaftliche Beirat der Stiftung Marktwirtschaft, Kronberger Kreis, entwickelt hat. Die implizite Verschuldung der Sozialsysteme in Höhe mehrerer hundert Milliarden Euro, die von zukünftigen Generationen zu tragen ist, würde dabei explizit ausgewiesen werden; da sie bereits heute besteht, seien die Kosten der Umstellung jedoch Null.

Für Prof. Dr. Eckhard Knappe stellt die Offenlegung der zukünftigen Kosten jedoch eines der größten Probleme für die politische Umsetzung eines vollständig kapitalgedeckten Systems da. Der notwendige Wettbewerb ließe sich dagegen leichter mit personenbezogenen Kopf-Prämien erreichen, die sich von Versicherung zu Versicherung unterscheiden. In Kombination mit einem steuerfinanzierten Transfersystem, das sich am familiengrößenjustierten Äquivalenzeinkommen orientiert, ließe sich ein Maximum an effizienzsteigerndem Wettbewerb im Umlageverfahren erreichen. Zur Lösung des Demographieproblems plädierte Knappe darüber hinaus für eine Ergänzung des Umlageverfahrens durch eine Teilkapital-

deckung. Insbesondere diejenigen, die durch den Übergang zu Kopf-Prämien entlastet würden, könnten die geeignete Zielgruppe für ein Kapitaldeckungsverfahren sein, bei der gleichzeitig das Umlageverfahren demographisch entlastet würde.

Für Kopfprämien sprach sich auch Prof. Dr. Eberhard Wille, Universität Mannheim, aus. Er stellte die vielfältigen, historisch gewachsenen Umverteilungswirkungen im bestehenden „Solidarsystem“ in den Vordergrund und bemängelte die resultierende Intransparenz und Ungleichbehandlung. Die gewünschten verteilungspolitischen Ziele ließen sich mit Pro-Kopf-Beiträgen deutlich transparenter verwirklichen. Aufgrund der lohnunabhängigen Finanzierungsstruktur hätte ein solches System darüber hinaus auch Effizienzvorteile.

So unbestritten die Forderung nach mehr Wettbewerb im Gesundheitswesen war, so kontrovers wurde über die geeigneten institutionellen Voraussetzungen für den Wettbewerb zwischen den Krankenkassen diskutiert. Das Beispiel der privaten Krankenversicherungen zeigt, daß sich in einem System mit Kapitaldeckung, bei dem die Altersrückstellungen beim Wechsel eines Versicherten zwischen den Versicherungsunternehmen nicht übertragen werden, der Wettbewerb massiv eingeschränkt ist und sich auf das Neukundengeschäft beschränkt. Sowohl für die PKV als auch für ein reformiertes System der gesetzlichen Krankenversicherung auf Basis des Kapitaldeckungsverfahrens forderten die Mitglieder des Kronberger Kreises, Prof. Dr. Juergen B. Donges und Prof. Dr. Manfred J.M. Neumann, individuell übertragbare prospektive Altersrückstellungen. Diese würden die dauerhafte Wechselmöglichkeit der Versicherten sicherstellen. Prof. Dr. Ulrich Meyer von der Universität Mannheim betonte, daß die Unternehmen als Folge ein ausreichend großes Interesse an ausgabensenkenden Innovationen im Gesundheitssystem hätten. Die prinzipiellen Probleme bei der Ermittlung der individuellen prospektiven Altersrückstellungen hielten die drei Experten übereinstimmend zwar für schwierig, aber prinzipiell lösbar. Dem widersprach Dr. Volker Leienbach vom Verband der privaten Krankenversicherung. Ihm sei kein Weg bekannt, wie individuelle Altersrückstellungen berechenbar seien; allerdings zeigte er sich offen für entsprechende Implementierungskonzepte. Prof. Dr. Jürgen Wasem, Universität Essen, stellte den individuellen Altersrückstellungen die Weiterentwicklung des bestehenden Risikostrukturausgleichs zu einem morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleichs als überlegene Alternative entgegen. Die dafür erforderliche bürokratisch vorgenommene Erfassung der Krankheitsrisiken stieß bei den Anhängern der übertragbaren Altersrückstellungen jedoch auf wenig Unterstützung. Sie äußerten die Befürchtung, daß im Ergebnis ein immer differenzierteres bürokratisches System entstünde, das letztlich dem Wettbewerbsgedanken widersprach. Aufgrund fehlerhafter Anreize sei statt dessen ein ineffizientes Rent-seeking der Versicherungsunternehmen zu erwarten.

Die abschließende Podiumsdiskussion mit Bundestagsabgeordneten der SPD, CDU und FDP verdeutlichte, daß die Umsetzung der vorgestellten Reformkonzepte kein leichtes Unterfangen wird. Insbesondere einschneidende Reformen scheinen zum derzeitigen Zeitpunkt noch kaum Chancen auf Realisierung zu haben, auch wenn die bereits heute abzu- sehende zukünftige Entwicklung des Gesundheitswesens aus wissenschaftlicher Sicht einen grundlegenden Systemwechsel unausweichlich erscheinen läßt.

168 Zeilen à 40 Anschläge

Belegexemplar erbeten

Ihr Ansprechpartner:

Guido Raddatz
Stiftung Marktwirtschaft
Charlottenstraße 60
10117 Berlin

Tel.: (030) 206057-32
Fax: (030) 206057-57
E-Mail: raddatz@stiftung-marktwirtschaft.de
Internet: www.stiftung-marktwirtschaft.de